

Dänemark und Österreich: EPEE legt bei der EU-Kommission offizielle Beschwerde zum Verbot industrieller F-Gase ein

The European Partnership for Energy and the Environment (EPEE) hat offiziell Beschwerde bei der Europäischen Kommission bezüglich der dänischen und österreichischen Verordnungen zum Verbot industrieller Treibhausgase eingelegt.



EPEE-Generaldirektor Friedrich P. Busch: „Die nationalen Verbote von Dänemark und Österreich sind nicht notwendig und unangemessen.“

EPEE spricht sich gegen die beiden nationalen Verordnungen (Compliant number 2003/4441 SG (2003) A/3693/2 (Dänemark) sowie Compliant number 2003/4716 SG (2003) A/5830/2 (Österreich) aus, die den Ausstieg aus den industriellen Treibhausgasen HFKWs, PFKWs und SF₆ vorsieht. Diese Gase seien von essentieller Bedeutung für Anwendungsgebiete des täglichen Lebens, von gesundheits- und sicherheitstechnischem Nutzen wie Klima, Kälte, Stromübertragung und Medizin (siehe hierzu auch Interview „H-FKW-Verbot(e) oder energetische Betrachtung der Kältemittelnutzung?“ in KK 11/2002, Seiten 10–18). Friedrich P. Busch, EPEE-Generaldirektor, äußert sich heute im Gespräch mit der KK wie folgt:

„Diese nationalen Verbote sind nicht notwendig und unangemessen. Sie werden nicht wesentlich zum Schutz der Umwelt beitragen und gehen über die notwendigen Maßnahmen zur Einschränkung der Emissionen hinaus. Im Falle Österreichs beruht das Verbot auf einem wenig transparenten Begutachtungsverfahren, das mit EG-Gesetzen im Widerspruch stehen könnte und zu Unsicherheit in der Industrie führt.“

In Dänemark verbietet die Verordnung ab 2006 den Import und die Verwendung von Substanzen und Produkten, die in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union rechtmäßig hergestellt und vermarktet werden. Sie entspricht damit nicht den im Fallrecht des Europäischen Gerichtshofs festgelegten Kriterien für nationale Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und bricht mit dem Grundprinzip des freien Warenverkehrs nach Artikel 28 des EG-Vertrags. Der Import von HFKWs und Anlagen, die HFKWs enthalten, beläuft sich auf mehrere Millionen Euro pro Jahr.

Verschiedene Aspekte der dänischen Verordnung bevorzugen jedoch inländische Unternehmen. EPEE hat sich außerdem besorgt zur Sicherheit alternativer Kältemittel, sowie zu den Auswirkungen des Verbots in energetischer Hinsicht geäußert. Die Europäische Kommission und vier Mitgliedsstaaten hatten bereits vor der Verabschiedung der Verordnung in Frage gestellt, ob das dänische Gesetz seinem Ziel angemessen sei.

Die einseitige Initiative Dänemarks wird bestenfalls eine zweifelhafte Auswirkung auf die dänischen Treibhausgasemissionen haben, wird sich jedoch mit Sicherheit negativ auf die Entwicklung einer zweckmäßigen Politik zur Klimaänderung in Europa auswirken.

Eine solche Verordnung stelle eine grundlegende Einschränkung des Handels dar, da sie den Import und Einsatz von Substanzen und Produkten verhindert, die rechtmäßig in anderen Mitgliedstaaten der europäischen Union hergestellt und vermarktet werden. Sie bricht damit mit dem Grundprinzip des freien Warenverkehrs.

Ähnlich verhält es sich mit den von Österreich geplanten Maßnahmen. EPEE spricht sich gegen die dortige Verordnung aus, die ein generelles Verbot neuer und recycelter Fluorkohlenwasserstoffe (HFKWs) sowie neuer Produkte, die HFKWs enthalten, ab 2008 vorsieht.

Die europäische Kälte- und Klima-industrie bestätigt, daß die Einschränkung von HFKW-Emissionen notwendig sei, um die Auswirkungen dieser Produkte auf die Klimaänderung einzuschränken. Das österreichische Verbot sei jedoch nicht gerechtfertigt und wird nicht wesentlich zum Schutz der Umwelt beitragen. Es ist anerkannt, daß nur tatsächliche Emissionen, nicht jedoch der reine Einsatz von HFKWs zum Treibhauseffekt beitragen. Letztere werden als Ersatz von FCKWs und H-FCKWs eingesetzt und sind als solcher bereits Teil der Lösung für die Probleme der Erdatmosphäre. Das gegenwärtige Emissionsniveau in Österreich stellt nur 0,4 % der weltweiten Industriestaaten dar.

The European Partnership for Energy and the Environment (EPEE) ist eine breit angelegte Interessenvereinigung verantwortungsbewußter Unternehmen, nationaler Verbände und Europäischer Vereinigungen, die in der Europäischen Klima-, Wärmepumpen- und Kälteindustrie aktiv sind (die wesentlichen Mitglieder sind in einem Kasten auf Seite 16 in KK 11/2002 aufgeführt). EPEE wurde im September 2000 gegründet, um zur Entwicklung effektiver Europäischer Strategien zur Einschränkung von Treibhausgasemissionen durch den Einsatz von Kältemitteln beizutragen. EPEE ist seither aktiv am Europäischen Programm zur Klimaänderung (ECCP) beteiligt und engagiert sich für die Suche nach effektiven Lösungen. P. W.

